Deutscher Bundestag **Drucksache 16/633**

16. Wahlperiode 09. 02. 2006

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Cornelia Behm, Ulrike Höfken, Bärbel Höhn, Hans Josef Fell, Winfried Hermann, Peter Hettlich, Dr. Anton Hofreiter, Sylvia Kotting-Uhl, Undine Kurth (Quedlinburg), Dr. Reinhard Loske und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Phosphat-Versorgungssicherheit und Bodenschutz bei Phosphatdüngern

Die Erträge der Landwirtschaft hängen auch von einer optimalen Phospatversorgung der Böden und der Pflanzen ab. Dazu müssen den Ackerböden Phosphate regelmäßig durch Düngung zugeführt werden, um die derzeitigen hohen Erträge auch in Zukunft gewährleisten zu können. Vor diesem Hintergrund ist entscheidend, dass auch in Zukunft genügend Phosphate zur Verfügung stehen und die endlichen Phosphatressourcen nachhaltig bewirtschaftet werden. Phosphatrecycling ist daher für die Versorgungssicherheit von steigender Bedeutung.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Bundesregierung:

1. Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der Einschätzung der FAO, dass der Phosphorbedarf lediglich noch für 60 bis 130 Jahre gedeckt sein wird, und die Einschätzung der Bundesanstalt für Geowissenschaften, man könne sich allenfalls 90 Jahre auf verfügbare Phosphatvorräte verlassen?
2. Für welchen Zeitpunkt rechnet die Bundesregierung mit dem Höhepunkt der globalen Phosphatförderung?
3. Wie schätzt die Bundesregierung vor dem Hintergrund der oben genannten Prognosen die Phosphat-Versorgungssicherheit für die deutsche Landwirtschaft für die nächsten Jahrzehnte ein?
4. Wie schätzt die Bundesregierung die Belastung von Phosphordüngern und Rohphosphaten aus Lagerstätten mit Uran und Cadmium und die Auswirkungen dieser Belastungen auf die Phosphat-Versorgungssicherheit ein?
5. Welchen Stand hat die Forschung zur Rückgewinnung von Phosphaten bei der Abwasserreinigung, bei der Klärschlammbehandlung, bei der Abfallbehandlung?
6. Wie bewertet die Bundesregierung die Forderung, Klärschlamm und andere Biomassen, die keiner landwirtschaftlichen Verwertung zugeführt werden, sondern verbrannt werden, separat zu verbrennen (sog. Monoverbrennung) und die entsprechenden Aschen zwischenzulagern, damit zu einem späteren Zeitpunkt eine Phosphorrückgewinnung möglich bleibt?

7. Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um die Phosphatrückgewinnung aus Klärschlamm und Bioabfällen, die nicht landwirtschaftlich verwertet werden, zu ermöglichen?
8. Wie bewertet die Bundesregierung die Aussage des Sachverständigenrates für Umweltfragen in seinem Gutachten 2004 (Kapitel 4.2.2.2), dass eine Vernachlässigung der Phosphatdüngung bei der rechtlichen Regelung der Düngepraxis nicht angebracht sei, und wie bewertet sie die in diesem Zusammenhang erneuerte Forderung nach flächenbezogenen Obergrenzen für den Einsatz von Phosphatdüngern?

Berlin, den 9. Februar 2006

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333